



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Wolfgang Fackler, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Michael Hofmann, Florian Hölzl, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU**

Eingriff der Europäischen Kommission in nationale Hoheiten der Regulierungs- und Frequenzpolitik verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der Beratungen des Legislativvorschlags „Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation“, mit dem die Europäische Kommission den Telekommunikations-Rechtsrahmen modernisieren will, dafür einzusetzen, dass ein Eingriff in nationale Hoheiten der Frequenz- und Regulierungspolitik ausgeschlossen wird. Die bereits vorgelegten Richtlinienentwürfe und insbesondere die Schaffung einer zentralen Europäischen Regulierungsbehörde sind abzulehnen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Mitgliedstaaten und Bundesländer ihre Kompetenz in der Telekommunikationspolitik und bei verbindlichen Entscheidungen zur Vergabe und Harmonisierung von Funkfrequenzen verlieren.

Begründung:

Die EU-Kommission hat zwei Richtlinienentwürfe veröffentlicht, um ihre Zuständigkeit in Telekommunikationsfragen weiter auszudehnen und um in Zukunft wesentliche Entscheidungen in Frequenzfragen zu bestimmen, die bisher den nationalen Regierungen und Regulierern vorbehalten waren.

Mit dem vorgeschlagenen „Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation“ will die EU-Kommission unter anderem zentrale Grundsätze für die Frequenzuteilung in der Union festlegen. Zudem will

die EU-Kommission das EU-System der Regulierungsbehörden für die elektronische Kommunikation zentralisieren, um eine einheitliche Regulierung zu gewährleisten. In anderen Worten ist geplant, das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) zu einer Aufsichtsbehörde für die nationalen Regulierer auszubauen.

Vorwand für die Pläne der EU-Kommission ist die Einführung des neuen Übertragungsstandards 5G, der ab dem Jahr 2020 schrittweise die Übertragung im Standard LTE (4G) ablösen soll. Obwohl der Standard unabhängig von den dabei eingesetzten Frequenzen ist, will die Kommission mit diesem Argument die Gelegenheit nutzen, ihre Kompetenzen zu erweitern.

In Zukunft will sie bei der Vergabe von Frequenzen EU-weit die Bedingungen vorgeben, wie z.B. den Zeitplan für die Vergabeverfahren, Versorgungsaufgaben oder die Laufzeit von Lizenzen. Nationale Besonderheiten wie z.B. eine Beteiligung der Länder würden dann nicht mehr möglich sein. Zusätzlich soll die neu zu schaffende Behörde die technische Harmonisierung bindend vorschreiben und die grenzüberschreitende Frequenzkoordination übernehmen.

Im Ergebnis würde der EU-Kommission und der GEREK die Durchsetzung einer annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten zustehen. Die nationalen Regulierungsbehörden in einer solch umfassenden Weise den Vorgaben einer Europäischen Agentur und der Kommission zu unterwerfen und so deren Unabhängigkeit aufzuheben entspricht nicht dem Gebot des subsidiären Tätigwerdens durch die Gemeinschaft. Gleiches gilt für die Zentralisierung der Frequenzverwaltung, denn den möglichen Vorteilen einer zentralen Koordination stehen hier aufwändige und bürokratische Abstimmungsrunden gegenüber, die den Fortschritt verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden.

Für Bayern hätte dies als einen der stärksten Standorte im Bereich Medien und Kreativindustrie in Deutschland mit hohem Frequenzbedarf für professionelle drahtlose Produktionen gravierende Folgen. Denn sollte eine EU-Behörde die Frequenzverwaltung künftig zentral übernehmen, besteht die Gefahr, dass diese sich mit ihrer Regulierung an den Mitgliedstaaten mit dem geringsten Bedarf von Frequenzen für die Kultur- und Kreativwirtschaft orientiert, um weiteres Spektrum an den Mobilfunk versteigern zu können.